

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 793

Mittwoch, 6. Dezember 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Proteste: Es geht um mehr als den Stuhl von Anastasio Tzul.....	1
Die Geschichte der 48 Kantone von Totonicapán	3
Die Strategie der indigenen Völker gegenüber der Gleichgültigkeit des Kongresses.....	3
Das Endspiel	4
Fall der Besetzung der USAC: nach elf Tagen Haft sind sechs Personen frei.....	5
Verfassungsgericht verlangt von Richter Orellana neues Urteil zu SEMILLAs Suspendierung	5
Haushalt 2024 und Aufhebung der Immunität der TSE-Richter*innen verabschiedet.....	6

Proteste: Es geht um mehr als den Stuhl von Anastasio Tzul

Barbara Müller, Herausgeberin der Fijáte! schickte der Redaktion einen Text, den diese in stark gekürzter Form hier wiedergibt. Er stammt von Maco Garavito von der "Liga Guatemalteca de Higiene Mental", die von den Einnahmen der Schweizer RojiNegro-Kampagne unterstützt wird. Er hat die ersten 20 Protesttage in Frankreich und in der Schweiz verbracht. Dies ist seine Einschätzung der Situation bis zum 20. Oktober:

Historischer Kontext und Akteure

Was heute in Guatemala passiert, ist der vorläufige Höhepunkt eines langen Prozesses, der nötig war, damit die Bevölkerung (...) ihre Forderungen besser artikulieren und entsprechend ihre Rechte einfordern kann. Nicht zuletzt hat COVID diesen Prozess beschleunigt, denn viele Leute sind sich während der Pandemie bewusst geworden, dass dieser Staat nicht in der Lage ist, die materielle Grundversorgung, zum Beispiel im Gesundheitssektor, zu garantieren oder ihre Rechte als Arbeiter*innen zu schützen. Vor allem für die Landbevölkerung ist deshalb die Migration in den Norden ein wichtiger Faktor, um die materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Milliarden an Dollar, die so jedes Jahr nach Guatemala zurückfließen, verhindern, dass das Land gänzlich kollabiert. Die Pandemie hat also geholfen zu verstehen, wie korrupt dieser Staat ist und welche Sektoren die Korruption zu verantworten haben. Deshalb fordern die massiven Proteste nichts anderes als den Rücktritt vier konkreter Personen, wobei es nicht so sehr um die einzelnen Individuen geht, sondern um das gesamte korrupte System, das es möglich macht, dass Gelder geraubt werden statt in Schulen, Spitäler, Trinkwasserversorgung etc. zu fließen. Der Kampf gegen die Korruption ist der zentrale Motor für das, was im Moment auf der Strasse passiert. Andere Themen und sektorale Forderungen sind völlig in den Hintergrund getreten.

Die primären Akteur*innen dieser Proteste sind die indigenen Sektoren. Nicht nur die 48 Kantone (siehe Kasten), sondern viele verschiedene Sektoren aus den ruralen Gebieten, denen historisch der Zugang zu einem besseren Lebensstandard verweigert wurde. Es ist der Kampf gegen die Korruption, der die Menschen mobilisiert und es ist bisher nicht gelungen, sie durch Nebenforderungen von diesem Weg abzulenken.

Was heute geschieht ist historisch einmalig. Weder der Revolution von 1944 noch dem bewaffneten Kampf ist es gelungen, eine so starke zivile Protestbewegung zu mobilisieren. Heute ist es die historisch marginalisierte indigene Bewegung, welche die Proteste prägt. Sie hat sich im Laufe vieler Jahre aufgebaut und organisiert, hat Erfahrungen gesammelt, Prozesse durchlaufen und Strategien entwickelt, hat junge Menschen politisiert und sie gelehrt, Forderungen zu stellen und Verantwortung zu übernehmen.

Als Folge des bewaffneten Konfliktes waren die militärisch-revolutionären Organisationen allesamt vertikal organisiert - mehr, als es die Umstände verlangten. Dies führte zu Opportunismus, Vetternwirtschaft und Korruption. Die sozialen Organisationen an der Basis übernahmen diese vertikalen Strukturen und somit auch das Konzept der "ewigen Anführer*innen". In den heutigen Protesten wurde dies überwunden, die Bevölkerung hat die Organisationen links überholt und diese sind gezwungen, sich hinten anzustellen und die Forderungen der Protestbewegung zu übernehmen. Es ist ein

schöner Moment, es dreht sich nicht um die ein oder andere Person, sondern es sind die Kollektive, die den Protest tragen und zwar in einer Art von Kollektivität, wie sie in der indigenen Bevölkerung historisch gelebt wurde. Da der Staat in der ländlichen Region nie präsent war, hat sich die rurale Bevölkerung selber organisiert. So gibt es die Wasserkomitees, die Schulkomitees, die Gesundheitskomitees, welche die Probleme unabhängig vom Staat lösen. Wenn man die Geschichte seit der Kolonisierung bis heute anschaut, ist die Organisation rund um die Kultur und Identität der indigenen Bevölkerung nicht verschwunden, sondern im Gegenteil, sie wurde gestärkt. Die indigenen Völker haben unter dem Konzept des "buen vivir" schon immer verstanden, dass sie das Recht haben, sich selber zu regieren. Im wirtschaftlichen, politischen und juristischen Bereich haben sie Formen entwickelt, um ihre Konflikte zu lösen.

Ziele und Strategien

Auch in Guatemala ist, wie in Bolivien und Ecuador, das Bewusstsein der indigenen Bevölkerung gewachsen und sie fordert heute das Recht ein, nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf nationaler Ebene mitzuregieren. Dieses Bewusstsein verändert das Panorama natürlich total. Deshalb ist bei den aktuellen Protesten die Beteiligung der 48 Kantone von Totonicapán so wichtig. Sie verstehen sich als Repräsentant*innen des Volkes und haben zu der bisher einzigen Verhandlung mit Präsident Giammatei auch Vertreter*innen der indigenen Autoritäten der Quichés, Ixiles und Xincas eingeladen. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass diese Bewegung das alte personalistische Führungs-Denken überwunden hat. Leute wie Daniel Pascual (CUC) zum Beispiel sieht man nirgends, CODECA blieb aussen vor, niemand spricht von ihnen. Es sind die 48 Kantone und die indigenen Basisorganisationen, die sich zusammengeschlossen haben, um diesen Prozess anzuführen.

Das Ziel des "Pakts der Korrupten" - dazu gehören Teile der Regierung, des Unternehmerverbandes CACIF, des Militärs (oft mit Verbindung zum Drogenhandel), und einzelne korrupte Politiker*innen - ist zu verhindern, dass Bernardo Arévalo sein Amt antreten kann. Denn unabhängig davon, dass Arévalo und SEMILLA eine reformistische Politik verfolgen, hat Arévalo angekündigt, dass er eine Kommission gegen Korruption einsetzen werde und dass er dafür Staatsanwält*innen berufen werde, die in den letzten Jahren ins Exil gehen mussten. Daran hat der "Pakt der Korrupten" natürlich kein Interesse. Es geht nicht darum, dass Arévalo ein Kommunist ist, die Homo-Ehe einführen will oder was immer ihm hier andichtet wird. Es geht um Korruption, und deshalb die Forderung nach dem Rücktritt von Porras, Curruchiche, Monterroso und Orellana. Beweise für ihre Korruption gibt es täglich mehr, wodurch auch täglich das Bewusstsein der Bevölkerung wächst. Das Kräfteverhältnis ist im Moment zu Gunsten der protestierenden Bevölkerung. Nicht nur zahlenmässig, sondern auch auf internationaler Ebene. Die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die Organisation Amerikanischer Staaten fordern von der Regierung die Anerkennung der Wahlergebnisse und die Regierungsbürokratie an Arévalo.

Perspektiven

Proteste dieser Art und Grösse können sich nicht ewig halten. Einige Strassensperren wurden unterdessen aufgehoben, aber das heisst nicht, dass die Leute aufgegeben haben, weil das Ziel nicht erreicht wurde. Sie sind in eine Phase der Reflexion und der Entwicklung neuer Strategien eingetreten.

So gab es zum Beispiel den Vorschlag, die Proteste direkt vor das Haus von Giammatei zu verlegen. Ob das der richtige Weg ist, muss evaluiert werden, aber es müssen neue kreative Protestformen gesucht werden. Seitens der indigenen Bewegung ist klar, dass eine politische Lösung verhandelt werden muss, seitens der Regierung bekommt man immer mehr den Eindruck, dass sie das nicht interessiert.

Längerfristige Prognosen sind schwierig zu treffen. Kurzfristig muss man alle möglichen rechtlichen, politischen und diplomatischen Mittel nutzen und Druck machen, damit diese Wahlen nicht für ungültig erklärt werden. Mittelfristig, wenn Arévalo die Regierung übernimmt, muss er sich auf die sozialen und indigenen Organisationen stützen, um seine Regierungspolitik umzusetzen. Wenn er sie nicht einbindet, wird es einen unglaublichen Druck auf ihn geben, ähnlich wie dies im Moment bei Präsident Petro in Kolumbien der Fall ist. Er muss weiterführen, was ihm die Protestbewegung vorgibt: Wir wollen keine Korruption!

Arévalo braucht für seine Regierung die Unterstützung der sozialen und indigenen Bewegungen sowie von Kaderleuten, die ausserhalb seiner politischen Partei sind. Die Vetternwirtschaft muss aufhören. Er muss seine Macht mit dem Volk teilen, denn mit der Machtverteilung werden auch die Probleme verteilt. Zum Beispiel die Wahl der Gouverneure: In Guatemala werden die regionalen Gouverneure vom Präsidenten ernannt. Arévalo müsste nun die 48 Kantone von Totonicapán bitten, ihm eine Liste mit Gouverneurskandidaten aufzustellen. So übergibt er nicht nur die Macht, sondern auch die Verantwortung für die Kontrolle über die finanziellen Mittel und deren Verwendung an die Bevölkerung von Totonicapán. Arévalo muss auch offen sein gegenüber den Medien und gegenüber der Kritik der Bevölkerung. Wenn ich von Regierung spreche, meine ich nicht nur Bernardo, sondern auch seine Kader. Sie alle müssen wissen, dass sie unter Beobachtung der Bevölkerung stehen.

Aber das ist Zukunftsmusik. Zuerst müssen wir den 14. Januar erreichen!

Die Geschichte der 48 Kantone von Totonicapán

Auch der folgende Text ist über denselben Weg zur Redaktion gelangt und stammt wohl ebenfalls von Maco Garavito:
Einige Jahre bevor 1821 Guatemala die Unabhängigkeit von Spanien deklarierte, gab es in Totonicapán einen indigenen Aufstand, angeführt von Anastasio Tzul und Lucas Aguilar. Sie forderten bereits damals die Unabhängigkeit, doch der Aufstand wurde unterdrückt und die beiden ermordet.

Deshalb heisst es in der Unabhängigkeitserklärung von 1821: "Es ist notwendig, die Unabhängigkeit zu erklären, bevor es das Volk macht, denn die Konsequenzen wären furchterregend".

Vor diesem historischen Hintergrund hat sich in Totonicapán eine starke indigene Organisation und Identität entwickelt.

Es gibt in den Gemeinden von Toto gewählte Bürgermeister*innen, aber die wirkliche Macht liegt bis heute bei den Autoritäten der 48 Kantone, die geographisch nicht identisch sind mit den Gemeinden. Schaut man, wo während des bewaffneten Konflikts Massaker an der indigenen Bevölkerung verübt wurden, fällt auf, dass es in Toto fast keine gab. Dies deshalb, weil die 48 Kantone zu Beginn des Konfliktes entschieden, keine der beiden Seiten zu unterstützen. Dementsprechend war die Repression in Totonicapán nicht so stark wie in anderen Departamentos.

Die Autoritäten der 48 Kantone werden alle zwei Jahre gewählt, was zur Folge hat, dass es nicht zu einer Machtakkumulation bei einer einzelnen Person kommen kann.

Unter der aktuellen Regierung von Giammattei forderten die 48 Kantone den Stuhl (Thron) von Anastasio Tzul nach Totonicapán zurück. Giammattei wollte daraus eine grosse Show machen, doch der damalige Repräsentant der 48 Kantone stahl sie ihm und sagte in seiner Rede: "Herr Präsident, wir danken für die Rückgabe des Stuhls, aber wir wollen mehr als den Stuhl: Wir wollen Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Wohlfahrt."

Die Strategie der indigenen Völker gegenüber der Gleichgültigkeit des Kongresses

Guatemala, 28. November - Nach 9 Uhr morgens empfangen die Menschen am zweiten Ort des Streiks, an der Avenida 7 und der 9. Strasse, eine Delegation von Demonstrant*innen aus Uspantán, Quiché, und San Antonio Palopó, Sololá, die gekommen waren, um den Protest an seinem siebten Tag zu unterstützen. Wenige Augenblicke später beschlossen die traditionellen Autoritäten, einen Rundgang zu machen, um die von der Polizei gesperrten Punkte zu sehen. An der Ecke 8. Avenida, 8. Strasse, hinter der Metropolitan-Kathedrale, erzählten sie die Geschichte eines Menschen vom Zentralmarkt, der erkrankte und auf der Stelle starb, weil der Krankenwagen die Strasse durch Polizeizäune versperrt vorfand und dem Mann daher nicht rechtzeitig helfen konnte. Dort beschlossen die Autoritäten, einen dritten Widerstandspunkt zu errichten, um die Abgeordneten am Betreten der Legislative zu hindern und sie zu zwingen, die Einrichtung zu öffnen – nicht nur, um die legislativen Aktivitäten zu normalisieren, wie die Verabschiedung des Haushalts 2024, sondern auch, um mit Nachdruck das zu konkretisieren, was in der Sitzung vor einer Woche hätte stattfinden sollen. Letztlich ist es nichts anderes als die wiederholte Erinnerung an ihre Forderung nach Wiederherstellung des demokratischen Systems.

Um die Mittagszeit forderte derselbe Polizist, der sie letzte Woche darüber informierte, dass der Sicherheitschef des Kongresses ihnen nicht erlauben würde, den Kongress zu der vereinbarten Versammlung zu betreten, sie nun auf, den Durchgang auf der 8. Avenida und 8. Strasse freizugeben, da sie "die Polizeieinrichtung" und "die Fussgängerpassage der Kaufleute" blockierten. Eine Gruppe sichtlich aufgebrachter Demonstrant*innen fragte den Polizisten nach der Zahl der anwesenden Polizeibeamt*innen, woraufhin er antwortete, es seien mehr als 1.000 Polizist*innen anwesend. Prensa Comunitaria schätzt jedoch, dass es mehr als 3.000 waren. Diese Zahl übersteigt die Zahl der etwa 300 Menschen, die seit dem 21. November an der 7. Avenida und der 9. Strasse in Zone 1 ausharren. Alles deutete darauf hin, dass die Aufregung des Augenblicks eine gewaltsame Räumung auslösen könnte. Am Nachmittag jedoch schickte das Innenministerium lediglich mehr Polizist*innen, um den Eingang zur Legislative zu bewachen, und verstärkte bestimmte Strassen mit zwei Sicherheitsringen.

"Das ist eine übertriebene Machtdemonstration"

Rigoberto Juárez von der Plurinationalen Regierung im Norden des Departments von Huehuetenango und andere indigene Autoritäten sagten, dass der Kongress in den acht Tagen, in denen sie sich am zweiten Ort des nationalen Streiks niedergelassen haben, nicht einmal den Versuch unternommen hat, sie zu empfangen. "Der Tod dieser Person trägt zu den schweren Menschenrechtsverletzungen bei, die der Kongress begeht, indem er unnötige Sicherheitsvorkehrungen fordert", sagte Juárez. Er wies zugleich darauf hin, dass das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) gebeten wurde, Beschwerden über die Menschenrechtsverletzungen einzureichen, die gegen jene indigenen Aktivist*innen begangen wurden, die sich seit mehr als 50 Tagen im nationalen Streik befinden. "Wir sollten besser noch mehr werden, denn das ist die einzige Möglichkeit, diese korrupten Leute aus dem Mauselloch zu holen, in dem sie sich verstecken", so die traditionellen Autoritäten.

"Zu dieser Jahreszeit geraten die Menschen in eine Dynamik des Konsums, es scheint, dass die Welt untergeht, wenn wir nicht Weihnachten feiern, aber wir vergessen die Untaten des Kongresses", fügte Juárez hinzu. Die traditionellen Autoritäten, die am zweiten und dritten Ort des Streiks mobilisierten, luden die Menschen ein, sich der Mobilisierung für die Demokratie anzuschließen. (Prensa Comunitaria)

Das Endspiel

Guatemala, 25. November – *Eine Meinung von Fernando Cajas.*

Der Staatsstreich findet in Zeitlupe statt, zwar in einem erzwungenen Tempo, aber er findet statt. Seit Bernardo Arévalo überraschend in die zweite Runde kam, ist den Eliten der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Ihr Kandidat von der aktuellen Regierungspartei VAMOS, der nicht vorzeigbare Manuel Conde Orellana, den sie offiziell unterstützt haben, d.h. mit all ihrem Geld und all ihrer Liebe, hat nicht gewonnen. Dies war nicht nur das politische Ende der hyperkorrupten VAMOS-Partei, sondern auch die Chronik des vorausgesagten Todes des Paktes der Korrupten. So begannen sie mit einem Plan zur Wiedererlangung der Macht, dessen Zielpunkt der Staatsstreich in Zeitlupe war, ist und immer sein wird. Ihr Fehler war in der Tat, dass sie zu langsam waren, zu langsam.

Manche sagen, dass der Pakt der Korrupten den Staatsstreich schon vor den Präsidentschaftswahlen vorbereitet hat. Das glaube ich nicht. Sie hatten genug Erfahrung gesammelt, um den Pakt der Korrupten zu festigen, indem sie Schlüsselfiguren wie den Rektor der Nationalen Universität USAC, den Usurpator Walter Mazariegos und einen grossen Teil des korrupten Obersten Rates der Universität ins Boot holten, um die hohen Gerichte zu kooptieren und die Richter*innen des Verfassungsgerichts (CC) nach Belieben zu ernennen.

In der Nacht des 25. Juni 2023 versetzte der guatemalteckische Widerstand dem Korruptionspakt einen tödlichen Schlag. Am selben Tag, an dem in Guatemala der Tag der Lehrer*innen gefeiert wird, hat SEMILLA dem Korruptionspakt den Todesstoss versetzt und ihn im wahrsten Sinne des Wortes aus der zweiten Runde, und damit aus dem Rennen aus dem Präsidentenamt, geworfen.

Von Juni bis heute, also fünf Monate lang, hat sich der Pakt der Korrupten darauf konzentriert, die Amtsübernahme von Arévalo und Karin Herrera zu verhindern, aber sie haben nicht erkannt, dass sich gleichzeitig die guatemalteckische Gesellschaft verändert hat. Es waren Monate des Umdenkens, des Hinterfragens und des Aufbaus einer anderen sozialen Organisation als der, die vor dem Putschversuch existierte. Wir haben Erfahrungen gemacht, die uns anders machen.

Unter diesen Erfahrungen sticht der nationale Streik vom Oktober 2023 hervor, der von den 48 Kantonen angeführt wurde, an dem sich aber viele Gemeinden im ganzen Land spontan beteiligt haben. Der Pakt der Korruption mit seinem Staatsstreich in Zeitlupe ist letztendlich der Katalysator, der die neue soziale Organisation in Guatemala ermöglicht und hervorbringt.

Um herauszufinden, ob diese Ereignisse, die sich in den Jahren des Kampfes gegen die Korruption, insbesondere von 2013 bis 2023, entwickelt haben, wirklich Teil einer sozialen Bewegung sind, gehe ich von einer weiten Definition von sozialer Bewegung als einer Reihe von systemischen Kämpfen gegen oder für eine oder mehrere soziale Praktiken aus, die als schädlich oder gutartig für eine soziale Gruppe wahrgenommen werden. Es ist nicht so, dass eine Gruppe von Menschen zusammenkommt, einen Kaffee trinkt und beschliesst, eine soziale Bewegung zu gründen. Nein. Aufgrund des sozialen Charakters der Interaktionen ist der Erfolg sozialer Bewegungen abhängig davon, dass es ein gemeinsames Ziel gibt, wohl wissend, dass dieses von den sozialen Akteuren unterschiedlich interpretiert werden kann.

Die Anti-Korruptionsbewegungen von 2015 und 2023 sind meiner Meinung nach Teil einer sozialen Bewegung. Es ist wichtig, zwischen isolierten Aktionen und sozialen Bewegungen zu unterscheiden, da letztere das Potenzial für einen sozialen Wandel haben. Woran mache ich diese Aussage fest? Hier verwende ich fünf Kriterien, um festzustellen, ob eine Bewegung eine soziale Bewegung ist oder nicht: a) eine Reihe von systemischen Kämpfen für ein gemeinsames Ziel, b) antagonistische Interaktion mit der herrschenden Macht, c) Ausdehnungseffekt, Ansteckung und sektorübergreifende Auswirkungen, d) Verschiebung der Massstäbe, e) ungeordnete Verbreitung.

Nimmt man den Kampf gegen die Korruption, der zunächst von der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit (CICIG) geführt wurde, deren Popularisierung bereits 2014 stattfand und deren Zeitachse bis 2023 reicht, so ist klar, dass die Bevölkerung Guatemalas erfolgreich war, trotz des Gegenangriffs, den der für die nationale Makrokorrption zuständige Unternehmensverband CACIF und dessen eifrige Anführer*innen planten, um die CICIG zu vertreiben. Dieser Kampf wurde hauptsächlich von nationalen städtischen Gruppen, der Plaza 2015, unterstützt. Diese Aktionen gegen Korruption wurden von anderen gesellschaftlichen Gruppen immer positiv aufgenommen.

Nach 2015 waren wir jedoch nicht in der Lage, dem Ansturm der korruptionsfreundlichen Contras unter Führung der CACIF und ihrer neuen Geschäftspartner, der Drogenmafia und den Menschenschmuggler*innen (narcos, coyotes), standzuhalten. Der Triumph von Jimmy Morales und Alejandro Giammattei beruht auf der Schwächung der sozialen

Bewegung von 2015.

Und hier sind wir im November 2023. Der Pakt der Korruption will den Staatsstreich beschleunigen, aber seine alte Maschinerie funktioniert nicht mehr. Sie haben Zeit verloren. Der fast unsichtbare Beitrag der 48 Kantone, um die Zeit im Oktober zu gewinnen, ist das Schlüsselement, um das Scheitern des Staatsstreichs zu verstehen. Das falsche Narrativ stürzt auf sie ein, wie ein altes Haus bei einem Erdbeben zusammenbricht. Ihre neueste Erfindung, "USAC, Politische Einflussnahme", hat bereits ein internes Urteil erhalten: das Nationale Institut für Forensische Wissenschaften (INACIF) hat ihnen gesagt, dass sie aufhören sollen, auf Schreckgespenster und rosa Elefanten zu schauen, und dass sie besser den Kokain-Kaugummi loswerden sollten, der sie psychotisch macht.

Jetzt sind sie alle konzentriert, der Präsident und sein Partner [Miguel Martínez], die Staatsanwältin und ihre Lakaien, die CACIF und die Pseudounternehmen, die Drogenbosse und Menschenschmuggler*innen, und alle machen das neueste Brainstorming. Miguelito sagt: "Lasst uns eine Bombe legen", CACIF sagt stattdessen: "Wir sollten besser den chinesischen Markt öffnen", die Staatsanwältin: "Das Gesetz sagt, dass wir die gewählte Vizepräsidentin inhaftieren können, sie hat keine Immunität", alle sagen etwas; aber unter sich wissen sie, dass sie die Schlacht verloren haben, sie haben alle Vorbereitungen getroffen, um nach Nicaragua zu reisen und ihre Ersparnisse in Panama zu deponieren.

Wir sind Zeug*innen eines vorausgesagten Todes, des Todes des korrupten Paktes. Um am Leben zu bleiben, müssten sie uns töten. Um weiterhin die Regierung, die nationale Universität, an sich zu reißen, müssten sie die Guatemalte*innen töten. Um die Ausbeutung des Volkes fortzusetzen, müssten sie ohne Volk bleiben. (La Hora)

Fall der Besetzung der USAC: nach elf Tagen Haft sind sechs Personen frei

Guatemala, 28. November - Die sechs Verhafteten im Fall «Besetzung der USAC: Politische Einflussnahme» wurden am Montag, den 27. November um 23:00 Uhr gegen Kautionsfreilassung freigelassen. Das Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft (MP) am 16. November eingeleitet. Ihre Entlassung aus der Haftanstalt der Militärbrigade Zavala erfolgte 11 Tage später, nachdem der Richter Víctor Cruz, der auch die Haftbefehle ausgestellt hatte, die Zahl der Strafdelikte, für die das Gerichtsverfahren gilt, von ursprünglich vier auf zwei senkte (Besetzung und Plünderung von Kulturgütern).

Als erste verließ Marcela Blanco das Gebäude, gefolgt von Alfredo Beber, Eduardo Velásquez, Rodolfo Chang, Jorge Martín Macario und Javier de León, der gerade sein Studium der Angewandten Physik an der Universität San Carlos (USAC) abgeschlossen hat. Draußen warteten Familie und Freund*innen auf sie. Unter den Anwesenden waren sowohl die aktuellen SEMILLA-Abgeordneten Samuel Pérez und Román Castellanos sowie die unabhängige Abgeordnete Andrea Villagrán als auch die neu gewählten SEMILLA-Abgeordneten und Vertreter*innen von sozialen und studentischen Organisationen.

Die Freilassung ist an eine sechsmonatige Frist geknüpft, während der die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft für Verbrechen gegen das Volkseigentum andauern. In dem Beschluss von Richter Cruz vom Samstagmorgen wurde festgelegt, dass sie zur Wiedererlangung ihrer Freiheit eine Geldstrafe von jeweils 10.000 Q zahlen müssen und das Land nicht verlassen dürfen, solange gegen sie ermittelt wird. (..) (Prensa Comunitaria).

Verfassungsgericht verlangt von Richter Orellana neues Urteil zu SEMILLAs Suspendierung

Guatemala, 29. November - Am 29. November erklärte das Verfassungsgericht (CC) zum zweiten Mal eine Beschwerde gegen den siebten Richter der Strafinstanz, Fredy Orellana, für zulässig, weil er sich geweigert hatte, die Verfassungswidrigkeit einer konkreten Klage des Generalsekretärs der Partei SEMILLA, Bernardo Arévalo, mit der gesetzlich vorgeschriebenen Schnelligkeit zu bearbeiten.

Arévalo, gewählter Präsident, hatte in seiner Eigenschaft als Generalsekretär einen Antrag auf Verfassungswidrigkeit des Gesetzes in einem konkreten Fall gestellt und die in Artikel 82 des Kongressdekrets 21-2006, dem Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, enthaltene Formulierung "die Registrierung juristischer Personen" in Frage gestellt. Mit diesem Artikel hob Richter Orellana die Rechtspersönlichkeit der Partei SEMILLA auf. Es ist das zweite Mal, dass das Plenum des CC den Leiter des siebten Gerichts einstimmig anweist, rechtliche Schritte einzuleiten, aber dieses Mal wurde er gewarnt, dass er bei Nichtbefolgung zur Verantwortung gezogen wird.

Die Partei des gewählten Präsidenten erklärte in ihrer Beschwerde, "dass die in dem betreffenden Satz des Artikels 82 festgelegte Befugnis allen Strafrichter*innen die Möglichkeit gibt, die Rechtspersönlichkeit einer Körperschaft auch ohne deren Benachrichtigung zu suspendieren, wodurch jede Möglichkeit zur Erfüllung ihrer Zwecke umgangen wird und ein hohes Mass an Unsicherheit und Gewissheit entsteht". Sie warnte daraufhin, dass dieser Artikel, "wenn er zu politischen Zwecken verwendet wird, darauf abzielt, die Wahlordnung zu untergraben, aber auch verwendet werden kann, um jede andere Art von Gemeinschaft, kommerzieller oder sozialer Organisation zu zerstören". (Prensa Libre)

Haushalt 2024 und Aufhebung der Immunität der TSE-Richter*innen verabschiedet

Guatemala, 30. November – In einem Junktin haben die unterstützenden Parteien der aktuellen VAMOS-Regierung in der letzten Kongress-Sitzung dieses Jahres den Haushaltsentwurf 2024 verabschiedet und die Immunität der TSE-Richter*innen aufgehoben. Auch die UNE hat grösstenteils zugestimmt (29 von 51), was zu internem Streit innerhalb der Partei geführt hat. Zu den einzelnen Punkten gibt es folgendes zu sagen.

Haushalt:

Auch wenn fast alle finanzpolitischen Institute Guatemalas den Haushaltsentwurf kritisierten und deren Ablehnung forderten, wurde der Haushalt am 30. November in dritter Lesung verabschiedet. Die Ausgaben belaufen sich auf 124,880 Mrd. Q (= 14 Mrd. €). Die Schulden der öffentlichen Hand beliefen sich auf über 9 Mrd. Q (=1,03 Mrd. €). Die Abgeordneten genehmigten den Haushalt inmitten von Vorwürfen, Bestechungsgelder von der regierenden Allianz unter Führung der VAMOS-Partei erhalten zu haben. Zudem seien 40 sog. Nicht-Regierungsorganisationen, die einzelnen Abgeordneten, Kandidat*innen oder Bürgermeister*innen der Regierungspartei(en) gehören oder nahestehen, im Haushalt mit insgesamt 5 Mrd. Q (= 571 Mio. €) ‚bedacht‘ worden [*meist für Infrastrukturprojekte, d.Red.*]. Eine weitere Gegenleistung für unentschiedene Abgeordnete sei die Ausweitung des Budgets um 1,6 Mrd. Q (= 182.732.800 €) gewesen.

Der Haushalt legt somit gegen die erklärten politischen Ziele der gewählten Regierung deren finanziellen Spielraum des ersten Amtsjahres fest, und wirkt als eine Art Knebel.

Arévalo hatte ein noch höheres Budget gefordert, insbesondere für Gesundheit und Soziales.

Ermittlungen gegen TSE-Richter*innen wegen des Ankaufs der technischen Mittel für das Wahlverfahren

Im zweiten Anlauf entzogen 108 Abgeordnete, und damit eine*r mehr als erforderlich, die Immunität der TSE-Richter*innen. Am Mittwoch bekam die Regierungskoalition nur 86 Stimmen zusammen.

Das Amtsenthebungsverfahren gegen die TSE-Magistrate wurde aufgrund einer Beschwerde der Rechtsanwälte Giovanni Fratti und Karen Fisher wegen angeblicher Unregelmässigkeiten beim Kauf des Systems zur Übermittlung vorläufiger Ergebnisse (TREP) eingeleitet.

Während der Anhörung des Ermittlungsverfahrens hörten die Mitglieder der Untersuchungskommission sowohl die Beschwerdeführer*innen Fratti und Fisher als auch die Argumente der TSE-Magistrate und der Vertreter*in des Unternehmens Datasys, S.A., die versicherten, dass es beim Kauf des TREP-Systems weder eine Überbewertung noch eine Untervergabe an das Unternehmen Podernet gegeben habe, wie in der Beschwerde behauptet.

Im dem Bericht des Untersuchungsausschusses, der im Plenum verlesen wurde, empfiehlt der Untersuchungsausschuss die Aufhebung der Immunität der Richter*innen. Der Bericht wurde von drei der fünf Mitglieder des Untersuchungsausschusses zustimmend unterzeichnet, nämlich den Abgeordneten Julio César Longo Maldonado (FCN-Nación), Flavio Muñoz und Douglas Rivero (beide HUMANISTA). Dagegen waren die Abgeordneten Julio Enrique Montano Méndez (UNIONISTA) und Osmundo Ponce (URNG-MAIZ), die mit der Aufhebung der Immunität der Richter*innen nicht einverstanden waren. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6